

Bedeutung und Entwicklung der marginalen Beschäftigung in Baden-Württemberg



Martin Axnick

In Baden-Württemberg waren im Jahr 2015 insgesamt fast 785 000 Personen ausschließlich geringfügig, kurzfristig oder in einer Arbeitsgelegenheit beschäftigt. Damit war mehr als jeder achte Erwerbstätige im Land marginal beschäftigt. Nicht zuletzt aufgrund der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes wurde dieser Stellung im Beruf aktuell wieder besondere Aufmerksamkeit zuteil. Schließlich waren es in erster Linie die marginal Beschäftigten, die zu Stundenlöhnen arbeiteten, die teilweise noch unterhalb der neu gezogenen Mindesthöhe lagen. Von 2014 auf 2015 sank ihre Zahl um 2,3 % und war damit so niedrig wie seit 2003 nicht mehr. Seit 2003 haben sich nicht nur die marginal Beschäftigten, sondern auch andere Beschäftigungsformen spürbar gewandelt.

Marginale Beschäftigung seit 2009 im Abwärtstrend

Als ein Teilstück der Hartz-Reformen wurde 2003 die Verdienstgrenze für geringfügig Beschäftigte (Minijobber) von 325 auf 400 Euro monatlich deutlich angehoben und die Begrenzung ihrer Wochenarbeitszeit aufgehoben. Daraufhin stieg die Zahl der marginal Beschäftigten in Baden-Württemberg von 755 700 im Jahr 2003 binnen eines Jahres um 51 000 und erreichte 2009 nach weiteren Zuwächsen mit 840 500 ihren Höchststand. Seither geht sie wieder zurück. Lediglich im Jahr 2013 stieg die Zahl der Personen in marginaler Beschäftigung leicht an, nachdem zum 1. Januar 2013 die Geringfügigkeitsgrenze um 50 auf 450 Euro im Monat erhöht wurde. Hierdurch wurde der Abwärtstrend kurzfristig unterbrochen. Seit dem 1. Januar 2015 gilt bis auf wenige Ausnahmen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Im Vergleich zum Vorjahr sank 2015 die Zahl der marginal Beschäftigten im Land um 2,3 % auf 784 600 und unterschritt damit erstmals seit 2003 wieder die Schwelle von 800 000 Beschäftigten. Damit liegt das Niveau der marginalen Beschäftigung aktuell nur noch 3,8 % oder 28 900 Personen über dem Wert von 2003 (Tabelle 1).

Ein ähnliches Bild zeigt die Entwicklung der Zahl der Selbstständigen einschließlich ihrer mithelfenden Familienangehörigen. 2015 lag ihre Zahl bei 587 000 und damit nur 4 % oder 22 500 höher als noch 2003. Weitaus positiver hat sich dagegen in dieser Periode die Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne marginal Beschäftigte entwickelt. Vor allem im Anschluss an die Finanz- und Wirtschaftskrise zum Ausgang des letzten Jahrzehnts erreichte ihre Zahl Jahr für Jahr neue Höchststände. 2015 zählten fast 4,71 Mill. Personen zu dieser Gruppe, 12,6 % mehr als 2003. Insgesamt waren 2015 in Baden-Württemberg 6,08 Mill. Menschen erwerbstätig. 2003 waren es 10,5 % oder 580 000 Erwerbstätige weniger.

Vor dem Hintergrund der heterogenen Entwicklung der verschiedenen Stellungen im Beruf lohnt ein Blick auf die Struktur der Erwerbstätigkeit, die in *Schaubild 1* dargestellt ist. Sowohl die Anteile der marginal Beschäftigten als auch der Selbstständigen und mithelfenden



Martin Axnick ist Referent im Referat „Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Ausländer, Rechtspflege“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

T1

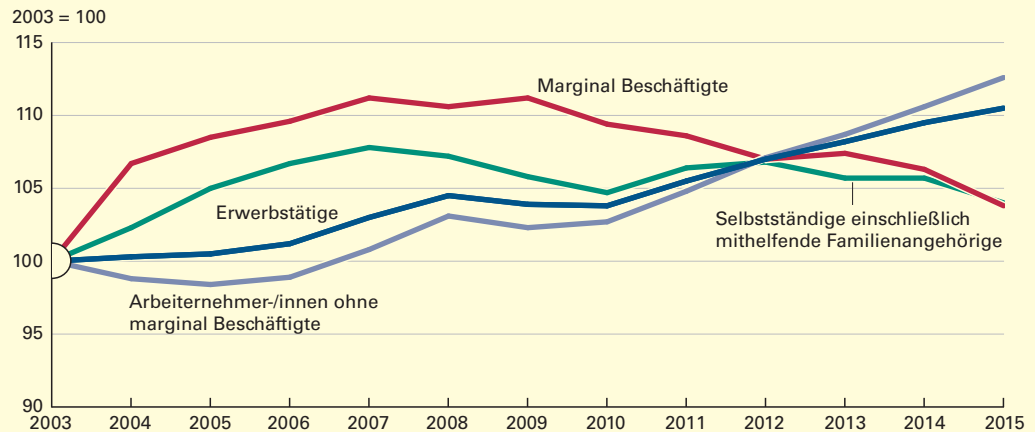
Erwerbstätige in Baden-Württemberg 2003 bis 2015*) nach Stellungen im Beruf

Jahr	Erwerbstätige insgesamt	Davon		
		Arbeitnehmer/-innen ohne marginal Beschäftigte	Marginal Beschäftigte	Selbstständige/ mithelfende Familienangehörige
2003	5 499 100	4 178 900	755 700	564 500
2004	5 514 100	4 129 900	806 600	577 600
2005	5 525 800	4 113 300	819 600	592 800
2006	5 564 500	4 133 600	828 400	602 600
2007	5 662 000	4 212 800	840 500	608 700
2008	5 748 300	4 306 800	836 100	605 400
2009	5 711 100	4 273 600	840 500	597 000
2010	5 710 100	4 292 500	826 500	591 100
2011	5 800 100	4 379 000	820 600	600 400
2012	5 886 200	4 474 900	808 400	602 900
2013	5 950 700	4 542 700	811 500	596 500
2014	6 019 700	4 620 200	803 100	596 400
2015	6 078 700	4 707 100	784 600	587 000

*) Vorläufige Angaben (Jahresdurchschnittswerte).

Datenquelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.

S1 Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Baden-Württemberg 2003 bis 2015*) nach Stellung im Beruf



*) Vorläufige Angaben (Jahresdurchschnittswerte).

Datenquelle: Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder", eigene Berechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

874 16

Familienangehörigen lag 2015 unter denen von 2003. Zu Beginn des Beobachtungszeitraumes waren 13,7 % der Erwerbstätigen marginal beschäftigt. Dieser Anteil erreichte mit 14,9 % bereits 2006 seinen Höhepunkt. Seit 2009 fiel ihr

Anteil kontinuierlich und lag 2015 mit 12,9 % niedriger als in allen 12 vorangegangenen Jahren. Der Anteil der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen lag 2003 bei 10,3 % und 2015 bei 9,7 %. Im Jahr 2003 waren 76 % der Erwerbstätigen in ihrer Haupttätigkeit Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer in nicht-marginaler Beschäftigung. Dieser Anteil fand mit 74,3 % seinen Tiefpunkt im Jahr 2006. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 stieg der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne marginale Beschäftigung von knapp 75 % auf seinen bisherigen Höhepunkt von 77,4 %. Die Bedeutung der marginalen Beschäftigung ging in den letzten Jahren zugunsten der übrigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – und hier insbesondere zugunsten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – zurück (*i-Punkt*).



Begriffliche Erläuterungen

Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Dazu zählen Selbstständige einschließlich ihrer mithelfenden Familienangehörigen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese setzen sich im Wesentlichen aus den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, den Beamtinnen und Beamten sowie den marginal Beschäftigten zusammen.

Marginal Beschäftigte sind abhängig beschäftigte Personen, die eine ausschließlich geringfügige Beschäftigung (geringfügig entlohnte sowie kurzfristige Beschäftigung) oder eine Arbeitsgelegenheit, sogenannte „Ein-Euro-Jobs“, ausüben. Die marginale Beschäftigung wird seit 2003 in der Erwerbstätigenrechnung gesondert ausgewiesen.

Der Erwerbstätigenrechnung liegt das Personenkonzept zugrunde. Das bedeutet, dass Erwerbstätige mit mehreren Arbeitsverhältnissen nur einmal mit ihrer Haupttätigkeit gezählt werden.

Auswirkungen des Mindestlohns auf die marginale Beschäftigung

Die Befürchtungen von Teilen der deutschen ökonomischen Wissenschaft, dass der Mindestlohn zu massiven Arbeitsplatzverlusten führen könnte, waren groß. *Hans-Werner Sinn*, damaliger Präsident des ifo Instituts, warnte 2014 in einem Interview vor einem mindestlohnbedingten Arbeitsplatzabbau in Deutschland von bis zu 900 000 Stellen.¹ Derartige negative Effekte sind im ersten Jahr nach der Mindestlohneinführung offenbar ausgeblieben. Inwiefern die gute Arbeitsmarktlage oder andere Entwicklungen und Effekte einen mindestlohnbedingten Stellenabbau oder -aufbau überlagert haben, kann hier nicht überprüft werden.

¹ „Mindestlohn gefährdet bis zu 900 000 Arbeitsplätze“, in: Die Welt, 6. April 2014. Berlin, www.welt.de/wirtschaft/article126620988/Mindestlohn-gefaehrdet-bis-zu-900-000-Arbeitsplaetze.html (Abruf: 21.10.2016).

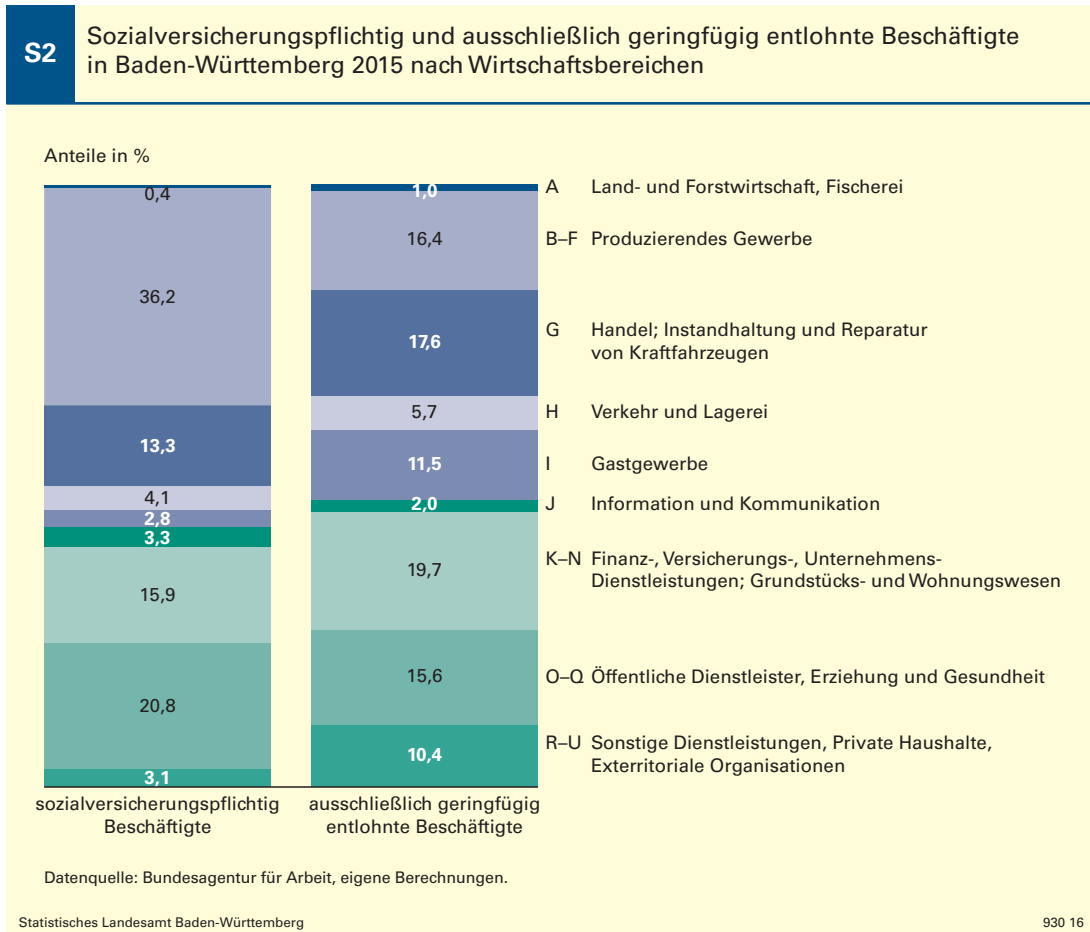
Die Gruppe der marginal Beschäftigten war besonders von der gesetzlichen Lohnuntergrenze von 8,50 Euro pro Stunde betroffen. Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg bezogen bundesweit rund 60 % dieser Berufsgruppe einen Lohn unterhalb dieser Marke.² In Baden-Württemberg verdienten im April 2014 rund 8 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger als 8,50 Euro die Stunde, davon waren zwei Drittel in einem Minijob beschäftigt. In den ostdeutschen Flächenländern verdienten sogar 20 % bis 25 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger als 8,50 Euro die Stunde.³ Daher wundert es wenig, dass der Rückgang der marginalen Beschäftigung in Baden-Württemberg im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr mit 2,3 % zwar der höchste Rückgang im Beobachtungszeitraum war, jedoch im Ländervergleich eher moderat ausfiel. Insbesondere in den ostdeutschen Flächenländern traten massive Stellenverluste bei der marginalen Beschäftigung auf, die sich auch deutlich auf die Gesamterwerbstätigkeit auswirkten. Insgesamt verringerte sich die marginale Beschäftigung in Deutschland um 150 000 bzw. 2,6 %.

Es ist hervorzuheben, dass bereits in der Periode von 2010 bis 2012 – in der die Einführung eines allgemeinen Mindestlohn lediglich eine

politische Forderung war – in vielen Ländern kräftige Abnahmeraten bei den marginal Beschäftigten registriert wurden, wie jüngst in 2015. Beispielsweise übertrafen in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern die Rückgänge in 2011 im jeweiligen Vergleich zum Vorjahr mit 7,3 % bzw. 7,9 % diejenigen in 2015 (5,9 % bzw. 5,5 %).

Minijobs vor allem im Dienstleistungsbereich

Die maßgebende Gruppe der marginal Beschäftigten sind die ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten. Sie umfasst diejenigen Personen, die ausschließlich einem sogenannten Minijob mit einer monatlichen Verdienstgrenze von 450 Euro nachgehen. Während in Baden-Württemberg 2015 mehr als jede bzw. jeder dritte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe tätig war, ging von den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten lediglich jede bzw. jeder Sechste einer Tätigkeit in diesem Wirtschaftssektor nach. Damit waren 82,6 % der Minijobberinnen und Minijobber im Dienstleistungssektor tätig. Insbesondere im Handel und im Gastgewerbe mit zusammen 29,1 % sind besonders viele ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte tätig gewesen (*Schaubild 2*).



2 Bossler, Mario: Auswirkung des Mindestlohns im Jahr 2015, in: Aktuelle Berichte 01/2016, IAB.
 3 Pristl, Karl: Mindestlohn: Für 8 % der Arbeitnehmer mehr Geld, in: Pressemitteilung 159/2016 des Statistisches Landesamtes Baden-Württemberg vom 3. Juni 2016. www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Presse/Pressemitteilunggen/2016159.pm (Abruf: 21.10.2016).

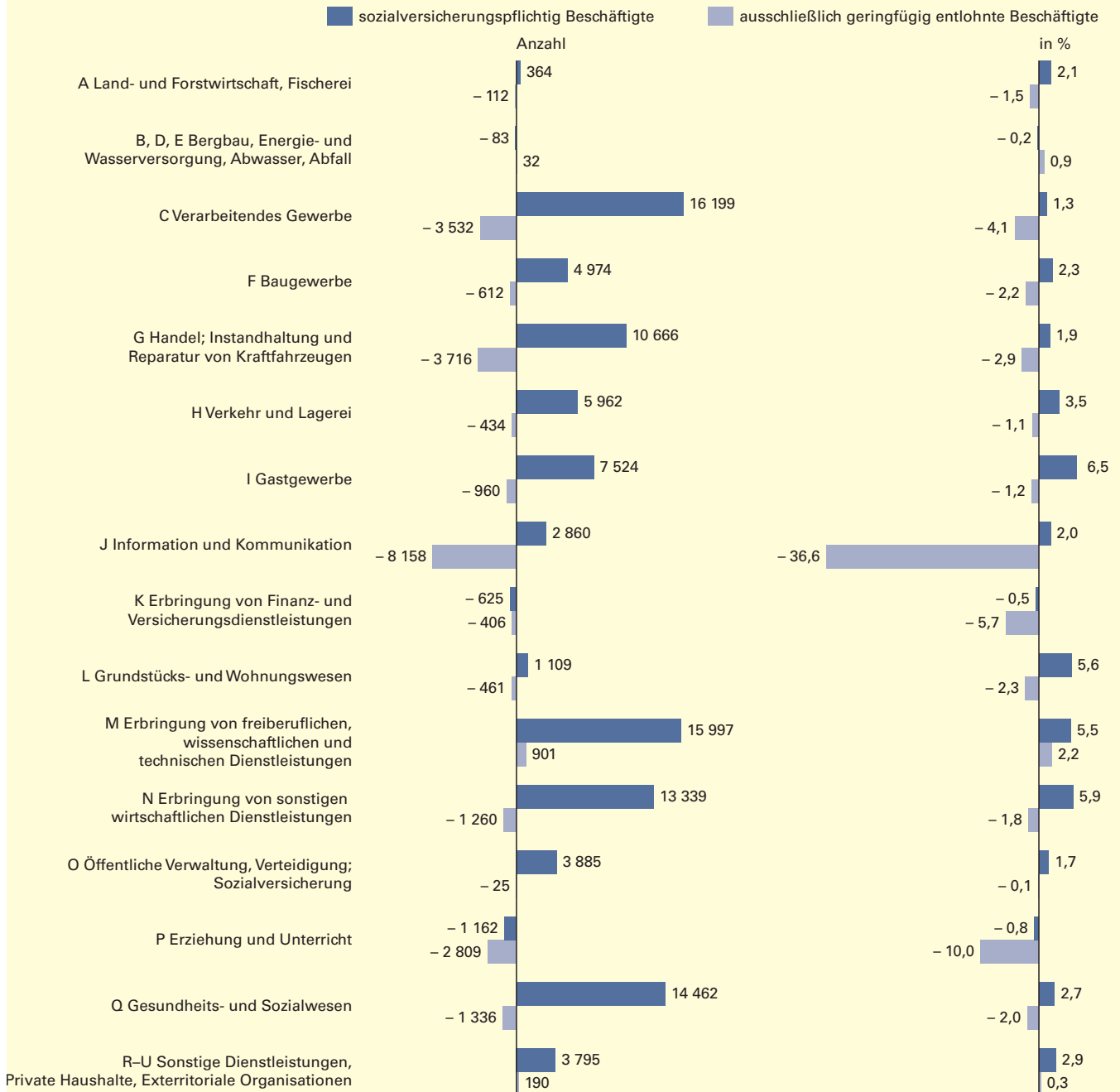
Im Vergleich zum Vorjahr fielen die Stellenverluste unter den Minijobberinnen und Minijobber 2015 im Handel mit 2,9 % und im Gastgewerbe mit 1,2 % jedoch nicht besonders aus dem Rahmen. Hinzu kommt, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von 2014 auf 2015 in diesen Wirtschaftsbereichen zunahm. Besonders stark war dieser Stellenaufbau im Gastgewerbe mit 6,5 %. Im Handel betrug das

Plus lediglich 1,9 %. Ob hier geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt wurden, kann nicht untersucht werden. Generell lässt sich jedoch beobachten, dass in den meisten Wirtschaftsabschnitten zum einen die Minijobs abnahmen, zum anderen die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse zunahmen (*Schaubild 3*).

S3

Veränderung der sozialversicherungspflichtigen und ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigung in Baden-Württemberg 2015 nach Wirtschaftszweigen

Veränderung gegenüber 2014



Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

T2

a) Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte in Baden-Württemberg 2003 bis 2015
nach Strukturmerkmalen

Stand jeweils 30. Juni	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte								
	Insgesamt	Geschlecht		Nationalität		im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer	unter 25	25 – 55	55 – 65	65 und älter
Anzahl									
2003	638 100	192 100	445 900	568 800	68 400	149 700	302 200	102 200	84 000
2004	697 600	217 800	479 800	618 500	78 100	158 600	338 200	105 400	95 500
2005	693 900	217 400	476 500	612 500	80 200	151 400	342 000	100 000	100 500
2006	708 100	221 500	486 600	623 700	83 100	152 700	350 600	98 100	106 700
2007	715 900	221 400	494 500	629 600	83 500	153 900	354 000	97 000	110 900
2008	717 900	222 900	494 900	631 300	84 000	156 000	348 700	99 000	114 100
2009	724 400	228 700	495 800	633 600	88 500	156 800	352 500	99 700	115 400
2010	724 100	232 200	491 800	631 600	90 100	160 200	346 700	102 700	114 500
2011	724 700	235 900	488 800	630 600	91 800	167 400	333 000	109 500	114 800
2012	723 300	239 600	483 700	626 100	94 900	170 500	319 700	113 200	119 800
2013	723 800	244 400	479 400	622 900	98 500	169 500	313 700	115 100	125 500
2014	730 200	251 800	478 300	623 700	104 100	174 300	306 900	115 500	133 600
2015	705 900	246 700	459 200	600 100	103 500	163 800	287 600	117 800	136 700
Veränderung zum Vorjahr in %									
2004	+ 9,3	+ 13,4	+ 7,6	+ 8,7	+ 14,2	+ 6,0	+ 11,9	+ 3,1	+ 13,7
2005	- 0,5	- 0,2	- 0,7	- 1,0	+ 2,7	- 4,5	+ 1,1	- 5,1	+ 5,3
2006	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,8	+ 3,6	+ 0,8	+ 2,5	- 1,9	+ 6,1
2007	+ 1,1	- 0,0	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,0	- 1,1	+ 4,0
2008	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,4	- 1,5	+ 2,0	+ 2,9
2009	+ 0,9	+ 2,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 5,3	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,1
2010	- 0,1	+ 1,6	- 0,8	- 0,3	+ 1,8	+ 2,2	- 1,7	+ 2,9	- 0,7
2011	+ 0,1	+ 1,6	- 0,6	- 0,2	+ 1,9	+ 4,5	- 4,0	+ 6,7	+ 0,2
2012	- 0,2	+ 1,5	- 1,0	- 0,7	+ 3,4	+ 1,9	- 4,0	+ 3,4	+ 4,4
2013	+ 0,1	+ 2,0	- 0,9	- 0,5	+ 3,8	- 0,6	- 1,9	+ 1,7	+ 4,7
2014	+ 0,9	+ 3,0	- 0,2	+ 0,1	+ 5,6	+ 2,8	- 2,2	+ 0,3	+ 6,4
2015	- 3,3	- 2,0	- 4,0	- 3,8	- 0,6	- 6,0	- 6,3	+ 2,0	+ 2,3
Anteil an Summe über Merkmal in %									
2003	100	30,1	69,9	89,3	10,7	23,5	47,4	16,0	13,2
2004	100	31,2	68,8	88,8	11,2	22,7	48,5	15,1	13,7
2005	100	31,3	68,7	88,4	11,6	21,8	49,3	14,4	14,5
2006	100	31,3	68,7	88,2	11,8	21,6	49,5	13,9	15,1
2007	100	30,9	69,1	88,3	11,7	21,5	49,5	13,6	15,5
2008	100	31,1	68,9	88,3	11,7	21,7	48,6	13,8	15,9
2009	100	31,6	68,4	87,7	12,3	21,6	48,7	13,8	15,9
2010	100	32,1	67,9	87,5	12,5	22,1	47,9	14,2	15,8
2011	100	32,6	67,4	87,3	12,7	23,1	45,9	15,1	15,8
2012	100	33,1	66,9	86,8	13,2	23,6	44,2	15,7	16,6
2013	100	33,8	66,2	86,3	13,7	23,4	43,3	15,9	17,3
2014	100	34,5	65,5	85,7	14,3	23,9	42,0	15,8	18,3
2015	100	34,9	65,1	85,3	14,7	23,2	40,7	16,7	19,4

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

T2

b) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg 2003 bis 2015 nach Strukturmerkmalen

Stand jeweils 30. Juni	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte								
	Insgesamt	Geschlecht		Nationalität		im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer	unter 25	25 – 55	55 – 65	65 und älter
Anzahl									
2003	3 770 700	2 122 000	1 648 700	3 353 600	415 400	481 300	2 899 200	374 700	15 500
2004	3 727 700	2 102 400	1 625 300	3 326 900	399 600	466 300	2 861 400	384 900	15 200
2005	3 727 000	2 091 200	1 635 800	3 334 900	390 900	459 200	2 850 800	401 900	15 100
2006	3 755 300	2 109 500	1 645 800	3 362 400	391 700	462 100	2 854 400	422 900	15 900
2007	3 822 400	2 157 600	1 664 800	3 420 600	399 700	475 700	2 878 500	451 000	17 200
2008	3 913 800	2 200 700	1 713 000	3 500 600	410 900	489 500	2 924 300	481 300	18 600
2009	3 873 900	2 152 800	1 721 100	3 474 200	396 900	473 200	2 876 200	505 100	19 400
2010	3 912 300	2 168 100	1 744 200	3 505 000	405 000	471 400	2 889 500	531 900	19 500
2011	4 004 600	2 217 400	1 787 100	3 572 700	429 700	468 500	2 943 700	572 000	20 400
2012	4 111 800	2 269 700	1 842 100	3 648 900	460 700	484 500	2 991 800	612 100	23 300
2013	4 173 800	2 296 700	1 877 100	3 685 800	485 700	482 400	3 012 900	653 000	25 500
2014	4 266 000	2 344 100	1 921 900	3 734 000	530 200	485 700	3 053 800	697 500	29 000
2015	4 359 500	2 390 100	1 969 400	3 779 400	578 400	487 500	3 103 200	735 100	33 700
Veränderung zum Vorjahr in %									
2004	- 1,1	- 0,9	- 1,4	- 0,8	- 3,8	- 3,1	- 1,3	+ 2,7	- 2,5
2005	- 0,0	- 0,5	+ 0,6	+ 0,2	- 2,2	- 1,5	- 0,4	+ 4,4	- 0,4
2006	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,1	+ 5,2	+ 5,5
2007	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,0	+ 3,0	+ 0,8	+ 6,7	+ 8,1
2008	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,9	+ 1,6	+ 6,7	+ 8,2
2009	- 1,0	- 2,2	+ 0,5	- 0,8	- 3,4	- 3,3	- 1,6	+ 5,0	+ 4,3
2010	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,3	+ 0,9	+ 2,0	- 0,4	+ 0,5	+ 5,3	+ 0,1
2011	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,9	+ 6,1	- 0,6	+ 1,9	+ 7,5	+ 4,6
2012	+ 2,7	+ 2,4	+ 3,1	+ 2,1	+ 7,2	+ 3,4	+ 1,6	+ 7,0	+ 14,3
2013	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,0	+ 5,4	- 0,4	+ 0,7	+ 6,7	+ 9,5
2014	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,3	+ 9,2	+ 0,7	+ 1,4	+ 6,8	+ 14,0
2015	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,2	+ 9,1	+ 0,4	+ 1,6	+ 5,4	+ 16,2
Anteil an Summe über Merkmal in %									
2003	100	56,3	43,7	89,0	11,0	12,8	76,9	9,9	0,4
2004	100	56,4	43,6	89,3	10,7	12,5	76,8	10,3	0,4
2005	100	56,1	43,9	89,5	10,5	12,3	76,5	10,8	0,4
2006	100	56,2	43,8	89,6	10,4	12,3	76,0	11,3	0,4
2007	100	56,4	43,6	89,5	10,5	12,4	75,3	11,8	0,5
2008	100	56,2	43,8	89,5	10,5	12,5	74,7	12,3	0,5
2009	100	55,6	44,4	89,8	10,2	12,2	74,2	13,0	0,5
2010	100	55,4	44,6	89,6	10,4	12,1	73,9	13,6	0,5
2011	100	55,4	44,6	89,3	10,7	11,7	73,5	14,3	0,5
2012	100	55,2	44,8	88,8	11,2	11,8	72,8	14,9	0,6
2013	100	55,0	45,0	88,4	11,6	11,6	72,2	15,6	0,6
2014	100	54,9	45,1	87,6	12,4	11,4	71,6	16,3	0,7
2015	100	54,8	45,2	86,7	13,3	11,2	71,2	16,9	0,8

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Am augenfälligsten ist der Rückgang an Minijobs in der Informations- und Kommunikationsbranche. 2015 sank dort die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten gegenüber 2014 um 8 158, was einem Rückgang um 36,6 % entspricht. In diesem Wirtschaftsabschnitt ist das Verlagswesen angesiedelt, das ursächlich für diesen enormen Rückgang ist, der in keinem Wirtschaftsabschnitt, bezogen auf dessen Beschäftigtenzahl, größer war. Dabei gilt zunächst für die Zeitungszustellerinnen und -zusteller ein reduzierter Mindestlohn. Erst ab 2017 darf das stündliche Entgelt in dieser Branche den allgemeinen Mindestlohn nicht mehr unterschreiten. Dennoch haben die meisten Zeitungszustellerinnen und -zusteller bereits seit 2015 einen Anspruch auf 8,50 Euro Stundenlohn, da sie in der Regel nicht nur Zeitungen, sondern auch Druckerzeugnisse verteilen, die nicht von der Ausnahmeregelung betroffen sind.

Welche Personengruppen waren vom Rückgang bei den Minijobs besonders betroffen?

Die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung ist eine Domäne der Frauen. Zum Stichtag 30. Juni 2015 waren 459 200 von den insgesamt 705 900 ausschließlich geringfügig Beschäftigten weiblich. Dies entspricht einem Frauenanteil von 65,1 %. Im Jahr der Mindestlohneinführung ging die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Frauen um 4 % zurück. Bei den Männern war der relative Stellenabbau im Vergleich zum Vorjahr dagegen nur halb so groß. Umgekehrt waren 2015 rund 2,5 % mehr Frauen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung als noch 1 Jahr zuvor. Der Zuwachs unter den Männern betrug lediglich 2 %. Im Jahr 2015 stellten Frauen 45,2 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. 12 Jahre zuvor lag ihr Anteil noch bei 43,7 %. Ihre Beschäftigtenzahl stieg in diesem Zeitraum um 19,5 % von 1,65 Mill. auf 1,97 Mill. Die Zahl der männlichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten legte im selben Zeitraum um 12,6 % von 2,12 auf 2,39 Mill. zu (Tabelle 2).

Die Ausländerinnen und Ausländer waren unter den ausschließlich geringfügig Beschäftigten mit 14,7 % im Jahr 2015 stärker repräsentiert als unter den sozialversicherungspflichtig Beschäf-

tigten (13,3 %). Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der ausländischen Personen mit einem Minijob lediglich um 0,6 % auf 103 500. Die entsprechende Zahl der Deutschen ging dagegen um 3,8 % auf 600 100 zurück. Ein Teil der Ursache für diese ungleiche Entwicklung ist, dass Ausländerinnen und Ausländer in der Informations- und Kommunikationsbranche unterrepräsentiert sind und in dieser Branche besonders viele Minijobs abgebaut wurden. 2015 nahmen die sozialversicherungspflichtigen Stellen, die von Ausländerinnen und Ausländern besetzt waren, gegenüber dem Vorjahr um 9,2 % auf 578 400 zu. Bereits in der Vorperiode konnte ein derart deutliches Plus verbucht werden. Die Zahl der Deutschen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung stieg im selben Zeitraum um 1,2 %.

Sehr unterschiedlich war auch die jüngste Entwicklung der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigung nach Altersklassen. Während die Zahl der jüngeren Minijobber zurückging, nahm die Zahl der älteren sogar zu. 2015 waren in dieser Beschäftigungsform 136 700 Personen, die 65 Jahre oder älter sind, beschäftigt und damit 2,3 % mehr als im Vorjahr. Von den 55- bis unter 65-Jährigen waren 2015 rund 117 800 ausschließlich geringfügig entlohnt beschäftigt und damit 2 % mehr als im Vorjahr. In der Gruppe der 25- bis unter 55-Jährigen ging die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung dagegen um 6,3 % zurück und sank auf 287 600. Auch bei den unter 25-Jährigen sank die Beschäftigtenzahl in dieser Beschäftigungsart um mehr als 6 % auf 163 800. Dabei waren Jüngere besonders vom Rückgang der Minijobs im Verlagswesen betroffen, da sie besonders häufig in dieser Branche arbeiteten. Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten konnten die beiden jüngeren Altersklassen ebenfalls nicht die Wachstumsraten der beiden älteren Altersklassen erreichen. Die Beschäftigung nahm jedoch in allen Altersklassen zu. ■

Weitere Auskünfte erteilt
Martin Axnick, Telefon 0711/641-20 15,
Martin.Axnick@stala.bwl.de